

Werkstatt Frieden & Solidarität

Waltherstraße 15, 4020 Linz, Tel. 0732/771094, Fax 0732/797391
email: office@werkstatt.or.at, www.werkstatt.or.at

Für eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag!

Die Regierung will den Menschen eine Volksabstimmung über den sog. EU-Reformvertrag verweigern, obwohl Umfragen belegen, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung, eine solche Abstimmung fordert. Warum fürchten sich die Machthaber davor, die Bevölkerung entscheiden zu lassen? Warum verschweigen sie, was in diesem EU-Vertrag drinnen steht? Der Hauptgrund dafür ist wohl die Angst vor der Reaktion der Menschen, wenn sie die zentralen Inhalte dieses EU-Reformvertrages kennen lernen, die weitgehend identisch mit der 2005 bei den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlande gescheiterten EU-Verfassung sind:

Aufrüstungspflicht und globale Kriegsermächtigung

■ "Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" (Art. 27, 3).

Damit werden - weltweit einzigartig - alle EU-Staaten zur Aufrüstung verpflichtet! Und zwar auf Generationen, denn was im EU-Primärrecht verankert ist, kann faktisch nicht mehr verändert werden! D.h. AbrüstungsbefürworterInnen werden in der EU quasi zu "Verfassungsfeinden".

■ Ein eigenes **Rüstungsamt** ("Rüstungs-/Verteidigungsagentur") wird ebenfalls im EU-Primärrecht verankert, um diese Aufrüstungspflicht zu überwachen und durchzusetzen.

■ Der EU-Reformvertrag ermächtigt den EU-Rat zu **globalen Militärmissionen - auch ohne ein UNO-Mandat**. Dafür werden derzeit aggressive Truppenverbände (sog. „battle groups“) aufgebaut sowie eine Fülle von neuen Waffen entwickelt (neue Flugzeugträger, Kampfbomber, Kampfhubschrauber, Militärtransporter, Marschflugkörper, Militärsatelliten, neue Atomsprengköpfe, usw.)

■ Zum ersten Mal wird auf EU-Ebene ein eigener **Rüstungshaushalt** eingerichtet, um EU-Militärmissionen aus einem Topf zu finanzieren, in den alle EU-Staaten einzahlen müssen.

Unvereinbar mit der Neutralität

■ Der EU-Reformvertrag steht in offenem Widerspruch zur österreichischen Neutralität. Er beinhaltet eine **militärische Beistandsverpflichtung, die schärfer** als in der NATO ist. Weiters gibt es eine sog. "**Solidaritätsklausel**", die eine militärische Unterstützung beim sog. "Anti-Terror-Kampf" vorsieht, was auch Beistandsverpflichtungen bei sog. "Präventivkriegen", also offensiven Militäraktionen, die Tür öffnen könnte. Der renommierte Linzer Völkerrechtsprofessor Univ. Prof. Dr. Manfred Rotter sagt es klar: "Der EU-Reformvertrag ist mit der Neutralität unvereinbar." (Der Standard, 25.10.2007)

Wirtschaftspolitik im Interesse der großen Konzerne

■ Die großen Konzernverbände jubeln über den EU-Reformvertrag. Mit gutem Grund. Die Verpflichtung der EU-Mitgliedsstaaten zu einer "**offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb**" wird ebenso festgeschrieben wie der **Vorrang von Hartwährungs- vor Beschäftigungspolitik**. Die Europäische Zentralbank steht



EU-Reformvertrag bringt Aufrüstungspflicht

faktisch **außerhalb jeder demokratischen Einflussnahme**. In einem Zusatzprotokoll zum EU-Reformvertrag wurde festgeschrieben, "dass zum Binnenmarkt ein System gehört, das den Wettbewerb vor Verfälschungen schützt". Die EU-Kommission hat bereits angekündigt, dass sie auf Grundlage dieses neuen Vertrages die **Liberalisierung** der öffentlichen Dienste vorantreiben werde. Damit droht die (weitere) **Privatisierung** von Energie, Wasser, Gesundheit, Bildung, usw.

Entdemokratisierung und Machtkonzentration

- Durch die **Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen** wird es vor allem für kleinere Länder immer schwieriger, soziale und ökologische Errungenschaften gegenüber den Konzernlobbyisten zu verteidigen, die in Brüssel den Ton angeben. Gleichzeitig werden die **Stimmgewichte zu Gunsten der großen Nationalstaaten und zu Lasten der kleinen** verschoben. Die deutschen Machteliten verdoppeln ihre Stimmgewichte, die Frankreichs und Großbritanniens steigen um 45%. Kleiner Staaten wie Österreich, Tschechien, Dänemark, Finnland, Schweden, Portugal, Slowenien usw. verlieren zwischen 35 und 65%. In einem Zusatzprotokoll des EU-Reformvertrages wird der Vorrang von EU-Recht vor nationalem Recht festgeschrieben.
- Es werden **Ämter mit einer unheimlichen Machtfülle** geschaffen. Der neue "Hohe Beauftragte für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU" ist faktisch Außen- und Kriegsminister in einer Person.
- Die **nationalen Parlament werden weiter entmachtet**. Bislang muss die EU-Kommission noch die Zustimmung der nationalen Parlamente zu Handelsverträgen einholen, die die Bereiche Soziales, Gesundheit und Bildung betreffen. Mit dem EU-Reformvertrag soll das entfallen. Die Liberalisierungs- und Privatisierungswut der EU-Kommission kann noch ungehemmter über die Bevölkerungen drüberfahren.
- **Militärisches Kerneuropa:** Innerhalb der EU wird ein politischer Führungszirkel gebildet, die sog. "Ständige Strukturierte Zusammenarbeit". Eintrittsvoraussetzung für dieses erlauchte Machtgremium ist die Verfügung über "anspruchsvolle militärische Fähigkeiten" und die Bereitschaft zur Teilnahme an Militärmissionen "mit höchsten Anforderungen". Damit wird die Hierarchie in EU-Europa klar: wer am meisten für Kriegsgerät ausgibt, hat am meisten zu sagen.

Die Verweigerung einer Volksabstimmung ist Ausdruck der zunehmenden Arroganz der Machteliten. Sie ist aber auch Ausdruck dafür, dass die Machthaber zunehmend bereit sind, den Rechtsstaat mit Füßen zu treten. Denn die österreichische Verfassung schreibt die Abhaltung einer Volksabstimmung vor, wenn Grundpfeiler der Verfassung betroffen sind. Genau das ist beim EU-Reformvertrag angesichts der Einschränkung der demokratischen Souveränität und des offenen Widerspruchs zum Neutralitätsgesetz der Fall.



Auch anerkannte Juristen wie der Völkerrechtler Univ. Prof. Dr. Michael Geistlinger halten deshalb eine **Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag für zwingend geboten**. Wenn die Machteliten den EU-Reformvertrag ohne Volksabstimmung ratifizieren, wird **UNRECHT** geschaffen. **Die Werkstatt Frieden & Solidarität ruft daher alle Menschen auf, sich für eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag einzusetzen. Lassen wir uns nicht entmündigen!**

Ich fordere eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag in Österreich.

Name	Adresse	Unterschrift

